
STEUER FÜR FREIBERUFLER VERSTÄRKT DEN ÄRZTEMANGEL

eur Berlin, 5. Juli 2005 – Zu den Vorschlägen der Reformkommission der Stiftung Marktwirtschaft – dem Ideengeber der CDU und CSU im Steuerrecht – eine zusätzliche Steuer bei Freiberuflern, wie Ärzte, Rechtsanwälte und Architekten zu erheben (Süd-deutsche Zeitung von heute), erklärt der Bundesvorsitzende des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands, NAV-Virchow-Bund, Dr. Maximilian Zollner:

„In den Praxen niedergelassener Ärzte verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation von Jahr zu Jahr. Angesichts der Budgetierung im ambulanten Bereich und Nullrunden bei steigenden Kosten ist der Plan für eine zusätzliche kommunale Steuer für Freiberufler reines Gift. Dadurch wird für niedergelassene Ärzte die Berufsausübung in freier Praxis wirtschaftlich immer unattraktiver, für den Nachwuchs die Niederlassung zunehmend uninteressant. Eine Zusatzsteuer für Freiberufler wird den sich abzeichnenden Ärztemangel in der ambulanten Versorgung weiter verschärfen. Das ist keine Mittelstandspolitik, wie man sie von CDU und CSU erwarten würde. Schließlich hat die Union im Jahre 2003 noch die Gewerbesteuer für Freiberufler von Rot-Grün erfolgreich verhindern können.

Der ‚Wirtschaftsfaktor niedergelassener Arzt‘, mit rund 650.000 Arbeitsplätzen in den rund 113.000 Praxen niedergelassener Ärzte muss angesichts der Arbeitsmarktsituation und der wirtschaftlichen Lage, im Spannungsfeld zu einer auf kontinuierliche Mittelkürzung angelegten Gesundheitspolitik, eher gestützt statt gestutzt werden.

Man kann nur hoffen, dass es sich bei der Initiative um einen politischen Testballon gehandelt hat, aus dem man schnellstmöglich die Luft rauslässt.“

Der NAV-Virchow-Bund ist der einzige freie ärztliche Verband, der ausschließlich die Interessen aller niederlassungswilligen, niedergelassenen und ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte aller Fachgebiete vertritt.